

Antrag auf Trassenänderung/-erweiterung

gilt auch für das vereinfachte Verfahren

Landesverwaltungsamt
Referat 301
Ernst-Kamieth-Straße 2
06112 Halle (Saale)

Eingangsstempel
Reg.Nr.

Antrag auf Änderung/Erweiterung der Trasse der folgenden überregionalen touristischen Radroute:

--

Zutreffendes bitte ankreuzen

Antragsteller

Name und Anschrift des Antragstellers
Bearbeiter:
Telefon/Telefax/ E-Mail-Adresse:

Entsprechend der Anfrage beim Landesverwaltungsamt

Vereinfachtes Verfahren Verbindliches Verfahren

Kurzbeschreibung der beantragten Trassenänderung/-erweiterung:

Unterlagen/Stellungnahmen:

- Vorhabensbeschreibung mit Nennung der Gründe *
- Karte *
- Kurze Zustandsbeschreibung der neuen Trasse *
- Beschluss bzw. Entscheidung zur Antragstellung
- Stellungnahme des Landkreises (u.a. UVB, UNB, UWB, UDB) *
- Erklärung zur Verfügungsberechtigung der Grundstücke gemäß Anlage *
- ggf. Stellungnahme der Kommunen, die von der Trassenänderung/-erweiterung betroffen sind *
- Nachweis der Abstimmungen bei Landkreis- bzw. Ländergrenzen überschreitender Wegeführung
- Stellungnahme der Koordinierungsstelle der Radroute *
- ggf. Zustimmung weiterer Baulastträger *
- Stellungnahme des ALFF (bei ländlichen Wegen) *
- Stellungnahme des ADFC
- Stellungnahme der Regionalen Planungsgemeinschaft *
- Stellungnahme des regionalen Tourismusverbandes

* **nur diese Unterlagen sind für das vereinfachte Verfahren notwendig**

Hinweis:

Das Landesverwaltungsamt kann ggf. weitere Unterlagen nachfordern, soweit dies für die Beurteilung des Antrages erforderlich ist.

Ich/Wir versichere(n) die Richtigkeit und Vollständigkeit der gemachten Angaben und der beigefügten Unterlagen.

Ort/Datum

Unterschrift/Stempel

Landesverwaltungsamt
Referat 301
Ernst-Kamieth-Str. 2

06112 Halle (Saale)

Erklärung zur Verfügbarkeit von Grundstücken

Hiermit erklären wir, dass sich die von der Trassenänderung/-erweiterung betroffenen Grundstücksflächen im Eigentum oder in der auf einem sonstigen dinglichen Recht (z. B. Dienstbarkeit) oder öffentlichem Recht oder einer Nutzungsvereinbarung basierenden Verfügungsmacht befinden.

Im Fall einer Nutzungsvereinbarung bestätigen wir, dass wir die Verkehrssicherungspflicht für den Radwegeabschnitt übernehmen und eine diskriminierungsfreie öffentliche Zugänglichkeit vereinbaren.

Ort/Datum

rechtsverbindliche Unterschrift
Stempel/Siegel des
Antragstellers